

Posener Zeitung.

Sechshundneunzigster

Jahrgang.

Freitag, 12. Juli.

1889.

Verantwortliche Redakteure
 für den politischen Theil:
J. Koerner, J. B.
 für Feuilleton und Vermischtes:
J. Koerner,
 für den übrigen redaktionellen Theil:
E. Kubowski,
 sämtlich in Posen.
 Verantwortlich für den
 Inseratenthail:
O. Knorre in Posen.

Inserate werden angenommen
 in Posen bei der Expedition der
 Zeitung, Wilhelmstraße 17,
 ferner bei **Gst. Ad. Sahl,** Postf.
 Gr. Berber- u. Breitekr.-Gde.
 Otto Hieslich in Firma
J. Armann, Wilhelmstraße 8,
 in Gnesen bei **S. Chraplewski,**
 in Meseritz bei **H. Mathias,**
 in Breschen bei **J. Jadesohn**
 u. bei den Inseraten-Annahmestellen
 von **G. J. Danke & Co.,**
Haasenhein & Fogler, Rudolf Hoffe
 und „Invalidendank“.

Nr. 478.

Die „Posener Zeitung“ erscheint täglich drei
 Mal. Das Abonnement beträgt vierteljährlich
 4,50 M. für die Stadt Posen, 5,45 M. für ganz
 Deutschland. Bestellungen nehmen alle Ausgabe-
 stellen der Zeitung, sowie alle Postämter des
 Deutschen Reiches an.

Inserate, die sechsgespaltene Petitzeile oder deren
 Raum in der Morgenausgabe 20 Pf., auf der letzten
 Seite 30 Pf., in der Abendausgabe 30 Pf., an bevor-
 zugter Stelle entsprechend höher, werden in der Expo-
 sition für die Abendausgabe bis 11 Uhr Vormittags, für
 die Morgenausgabe bis 5 Uhr Nachm. angenommen.

Amtliches.
 Berlin, 11. Juli. Der König hat den Regierungsrath Schow
 zu Gumbinnen zum Ober-Regierungsrath ernannt.
 Dem ordentlichen Lehrer am Kaiser-Wilhelms-Gymnasium in
 Köln, Doktor Bernhard Brodhues, ist der Titel „Oberlehrer“
 verliehen.
 Der Titular-Oberlehrer Hofrath Dr. Bansch am Gymnasium zu
 Soest ist zum etatsmäßigen Oberlehrer ernannt worden.
 Dem Ober-Regierungsrath Schow ist die Leitung der Kirchen-
 und Schulabteilung bei der Regierung in Schleswig übertragen
 worden.

Politische Uebersicht.

Posen, 12. Juli.

Ein starkes Stück leistet sich heute die „Nordd. Allgem. Ztg.“. Man kennt hinlänglich die Ungeniertheit, mit der die Offiziösen sich, wenn es Noth thut, selbst dementiren. Aber dann pflegt doch wenigstens eine Anstands-pause innegehalten zu werden. Die „Nordd. Allgem. Ztg.“ dagegen macht das scheinbar Unmögliche möglich, indem sie mit dem bekannnten hochoffiziösen Sperrdruck ihren Waldersee-Artikel vom letzten Sonntag, zwar nicht förmlich zurücknimmt, ihn aber doch jedes Nimbus entkleidet, indem sie ihn als eine Privatleistung ausgiebt. Um das beispiellose Kunststück ihres heutigen Artikels fertig zu bringen, erfindet die „Nordd. Allgem. Ztg.“, daß mehrere Blätter dem Reichskanzler die Autorschaft des Sonntagsartikels zugeschrieben hätten, eine Behauptung, die nirgends aufgetreten ist, und die nur fingirt wird, um durch die ganz unnöthige Ableugnung gleichzeitig die Spuren des wahren Sachverhalts zu verwischen. Indessen so wenig Glauben die jüngste offiziöse Leistung verdient, so wird die öffentliche Meinung der „Nordd. Allgem. Ztg.“ wahrscheinlich doch den Gefallen thun, sich so anzustellen, als ob sie ihr Glauben schenke. Denn das offiziöse Doppelspiel wird für jede gesund empfindende Natur auf die Dauer einfach unausstehlich und unsäglich widerwärtig. Dies gefühlslosste, ausgefälschte, abschreckend kleinliche System von Behauptung und Gegenbehauptung, von halben Andeutungen, die Weiß sagen, wo Schwarz gemeint zu sein scheint, wobei man aber noch keineswegs sicher ist, ob nicht trotzdem Weiß gemeint ist, all dies Zerstückeln von Pflüchern, die ihre Auftraggeber falsch oder gar nicht verstehen, fällt auf die Nerven nicht bloß Einzelner, die berufsmäßig dies öde und traurige Treiben beobachten müssen, sondern ganzer Bevölkerungsklassen. Die Summe der politischen Einsicht innerhalb der Nation wird vermindert, das politische Leben geradezu verwüthet durch die offiziöse Presse. Den Schäden aber tragen schließlich gerade diejenigen, denen diese Presse bezahlte Rechtsdienste leistet. Denn was ist jetzt mit dem offiziösen Zirkel in Sachen Waldersee erreicht? Doch wahrlich nichts, womit Graf Waldersee und die Kreuzzeitungs-partei unzufrieden zu sein brauchten. Verglichen mit dem Gebahren der offiziösen Blätter macht die „Kreuzzeitung“ den Eindruck von Festigkeit, Männlichkeit und geschlossener Haltung. Hier weiß man doch wenigstens wo und wie, im anderen Lager aber machen sich Unsinn und Zerfahrenheit die Palme streitig. So geschmacklos wird Niemand sein, aus diesem Gegenjag Schlüsse auf die führenden Männer haben und drüben zu ziehen. Indessen die bessere Sache könnte nur gewinnen, wenn sie sich frei zu machen wüßte von einer journalistischen Vertretung, deren Gleichen noch in keinem Lande gesehen worden ist. Wenn Sireitigkeiten, die gar nicht an die Öffentlichkeit gehören, nun doch auf den lauten Markt gegeret werden, dann sollte doch wenigstens die reine und einfache Wahrheit gesagt werden. Das System, welches statt dessen gewählt wird, verfehlt seinen Zweck und fällt dem Spott, wenn nicht Schlimmerem, anheim. Die Diplomatie ist eine nützliche und achtungswerthe Kunst. Aber wer sie auf die Publizität übertragen will, muß ein Meister sein, kein plumper Nachäffer.

Der Ansturm gegen die Stellung des preussischen Eisenbahnministers, der in letzter Zeit von nationalliberaler Seite anscheinend mit offiziöser Unterstützung versucht worden ist, scheint im Sande verlaufen zu wollen. Herr v. Maybach erhält jetzt von verschiedenen Seiten Unterstützung gegen die namentlich von der „Köln. Ztg.“ und den rheinischen Großindustriellen ihm gemachten Vorwürfe. Namentlich treten die mit dem preussischen Finanzministerium in Fühlung stehenden „Verl. Pol. Nachr.“ entschieden gegen die aus jenen Kreisen laut gewordenen Wünsche nach Ermäßigung der Güter- und Personentarife ein, und zwar im Interesse der preussischen Finanzpolitik. Die offiziöse Korrespondenz schreibt:
 Wenn die jetzt immer sükümlicher verlangten Ermäßigungen der Tarife eingeführt würden, so würden die Eisenbahneinnahmen sicherlich so Ankn, daß von einem für die übrigen Staatsausgaben verfügbaren Staatsüberschuss der Eisenbahneinnahmen nicht mehr die Rede sein würde. Allein der Ausfall, welchen die gewünschte Ermäßigung der Gütertarife nach sich ziehen würde, ist von sachverständiger Seite

auf mehr als 100 Millionen Mark im Jahre geschätzt. Zu dieser Summe würden dann noch die beträchtlichen Ausfälle hinzutreten, welche an den Einnahmen aus dem Personenverkehr von der Erfüllung der bezüglichen Wünsche zu gewärtigen wären. Es unterliegt daher keinem Zweifel, daß Tarifermäßigungen, welche eine wesentliche Verminderung des Betrags der Eisenbahnüberschüsse zur Folge haben müßten, gleichbedeutend sein würden mit der Nothwendigkeit entsprechender Steuererhöhungen. Diese Seite der Sache bedarf ficher der sorgsamsten Erwägung.

Genau in derselben Weise tritt die „Post“ gegen die Forderungen von Tarifermäßigungen ein, nur daß sie sich noch schärfer gegen die Personen wendet, von welchen diese Forderungen ausgehen. Das Blatt bezeichnet als den Zweck des ganzen von den rheinischen Industriellen ausgehenden Wandervers Kiemen aus der Haut des Staates beziehungsweise seinen Finanzen zu schneiden, und meint zum Schluß seiner Ausführungen, es liege im eigenen Interesse derjenigen, welche mit dem Sturmbock der Frachtermäßigungen gegen die preussische Eisenbahnverwaltung anrennen, wenn sie mit ihrem Versuche gebührendermaßen ab und zur Ruhe gewiesen werden. Außer diesen Preshäußerungen zu Gunsten des Eisenbahnministers liegt noch ein thatsächlicher Beweis dafür vor, daß die Großindustriellen im Kampfe gegen den Minister nicht ohne weiteres auf die Unterstützung höherer Stellen rechnen können. Wie nämlich der „Köln. Ztg.“ gemeldet wird, hatte wegen der gegenwärtigen Zusammensetzung des Landes-Eisenbahnrats und der Bezirks-Eisenbahnräte der Vorstand des Vereins für die bergbaulichen Interessen im Oberbergamtsbezirk Dortmund sich an das Ministerium der öffentlichen Arbeiten gewandt und eine zahlreichere Vertretung der Industrie in diesen Beiräten der Staats-Eisenbahnverwaltung“ befürwortet. Die Minister der öffentlichen Arbeiten, für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft u. haben aber den Antrag abgelehnt. Fürst Bismarck hat sich also als Handelsminister in diesem Falle in Uebereinstimmung mit dem Eisenbahnminister dem Bestreben der Industrie größeren Einfluß auf die Eisenbahnverwaltung zu gewinnen, widersezt.

Nähere Mittheilungen über die Einnahme Pangani's durch den deutschen Reichskommissar Wischmann sind noch nicht eingetroffen. Dagegen meldet der „Newport-Herald“ aus Zanzibar unterm 10. Juli, es werde für möglich gehalten, daß Bushiri die deutsche Station Mpuapua, wo sich nur zwei Deutsche befinden, angreifen werde. Mpuapua liegt weit entfernt von der Küste, südwestlich von Pangani, wohl vierzig geographische Meilen von letzterem Plage nach dem Innern zu entfernt. Man würde aus diesem Rückzuge schließen dürfen, daß Bushiri den Schauplatz seiner Thätigkeit in unwirthlichere und unzugänglichere Gegenden als bisher zu verlegen gedente. Indessen wird die Bekäftigung der Meldung abzuwarten sein, ehe man diese Möglichkeit als Sicherheit behandelt.

Die Jung-Czechen sind rasch bei der Hand, um ihren Sieg bei den böhmischen Landtagswahlen zur Erweiterung ihres Einflusses auszunutzen. Sie haben sofort den Alt-Czechen ein gemeinsames Aktions-Programm angeboten, wonach der auswärtigen Politik Rechnung getragen, hingegen in der inneren Politik der Liberalen und germanisirenden Tendenz, sowie der materiellen Bevorzugung Ungarns Widerstand geleistet und der Einfluß der Großgrundbesitzer eingeschränkt werden soll. Die Deutschböhmen sollen bezüglich des geschlossenen Sprachgebietes panlawistischer Neigungen von den Jung-Czechen beruhigende Zusicherungen erhalten haben. Sollte den Jung-Czechen die geplante Abziehung der Alt-Czechen von der Mehrheitskoalition gelingen, so wäre damit der wunderliche Kunstbau auseinandergerissen, auf dessen Spitze Taaffe so lange seine Balancierkünste getrieben hat.

Nach einem Telegramm aus Paris wird in parlamentarischen Kreisen der Schluß der Kammer-session morgen erwartet. Nach einer der „Polit. Korresp.“ aus London zugehenden Meldung gilt es in den dortigen unterrichteten Kreisen nicht als ausgeschlossen, daß die französische Regierung in der Frage der Konversion der ägyptischen Schuld schließlich einen ähnlichen Standpunkt einnehmen werde, wie es seinerzeit Rußland that, d. h., daß sie der Konversion zustimmen würde unter dem Vorbehalte, daß die Verwendung der aus der Konversion sich ergebenden Ueberschüsse Gegenstand einer späteren Vereinbarung sein solle.

Ueber den Krawall in Charleville gelegentlich der Verhaftung des irischen Abgeordneten O'Brien in Charleville hat der genannte Abgeordnete im englischen Unterhause Aufschlüsse erteilt, die den Vorfall in ganz anderer Weise darstellen, als aus der auch von uns mitgetheilten amtlichen Depesche hervorzugehen schien. O'Brien hatte die Vertagung des Hauses beantragt, um das Verhalten der Polizei in Charleville, wo sie ohne Nothwendigkeit auf das Volk gefeuert hätte, zur Sprache zu bringen. Der Sprecher erklärte, er müsse ablehnen, den

Antrag zu stellen, worauf O'Brien sich das Wort zu einer persönlichen Erklärung erbat, weil seine Aussagen über die Vorgänge in Charleville, deren Augenzeuge er gewesen, bekräftigt worden seien. Der Sprecher erteilte O'Brien das Wort, worauf derselbe den Hergang in Charleville erzählte. Die Behauptung, daß versucht worden sei, ihn aus dem Gewahrsam der Polizei zu befreien, bezeichnete er als gänzlich unwahr. Derartige Verhaftungen kämen in Irland alle Tage vor und sie würden als Gegenstände für Beglückwünschung betrachtet. Ein Musikkorps hätte sich auf dem Perron in Charleville eingefunden, um einige aus dort zurückkehrende Leute zu erwarten, und niemand in Charleville wußte, daß er (O'Brien) in dem Zuge war. Das Publikum versuchte, ihn zu sehen, und da die Vorhänge herabgelassen waren und die Leute ihn nicht sehen konnten, öffneten sie die Thüre des Wagens in der gewöhnlichen Weise. Das war ihr ganzes und alleiniges Vergehen während des Abends gewesen. Sofort zog der Polizei-Inspektor im Wagen seinen Revolver und befahl den übrigen Schutzleuten, ihre Revolver zu laden. Das Publikum lärmte, ließ sich indes zu keiner Gewaltthat hinreißen. Als der die Billets einsammelnde Inspektor in das Coupé trat, packte ihn der Polizei-Inspektor am Halse und warf ihn mit aller Macht hinaus. Dann, und erst dann, ereignete sich eine kleine Ruhestörung. Ohne ein Wort zu verlieren, feuerte der Polizei-Inspektor seinen Revolver durch das Fenster ab. Eine Gefahr für die Polizei wäre nicht im Mindesten vorhanden gewesen. O'Brien erging sich hierauf in bitteren Anklagen gegen die Polizei, aber der Sprecher schnitt ihm das Wort ab mit dem Bemerkten, daß er nicht Anklagen erheben könne, die jetzt nicht untersucht werden könnten. Zur gehörigen Zeit könnten die Anklagen wiederholt und beantwortet werden. Damit war für den Augenblick die unbequeme Erörterung zwar abgeschritten, den Irländern stehen aber noch Mittel und Wege zu Gebote, um die Sache auch im Parlamente nochmals zur Sprache zu bringen, und das muß geschehen, da O'Briens Angaben die Polizei schwer belasten.

Die von verschiedenen Blättern ausgesprochene Vermuthung, daß die Agitation auf der Insel Kreta von russischer Seite unterstützt werde, erweist sich als vollständig begründet. Der „Times“ wird über Athen gemeldet, daß die Mitglieder der alten Majorität der Nationalversammlung, deren Ausschreitungen die Ursache der Bewegung waren, zu der Insurgenten-Versammlung übergegangen sind, da sie sich vom Volke verlassen sahen. Die Regierungsfreunde haben in einem Telegramm an den russischen Botschafter in Konstantinopel gegen die Thätigkeit des russischen Konsuls, welcher die Bewegung unterstützt, protestirt und die Antwort ist die Absendung eines russischen Kriegsschiffes nach Kreta, — ein Beweis dafür, daß die russische Regierung die Handlungsweise ihres Vertreters billigt. Nach einer Mittheilung der „Köln. Ztg.“ hat die regierungsfreundliche Partei auf Kreta auch an die Pforte eine Beschwerdeschrift gerichtet, in welcher über die Unruhe stiftende Thätigkeit des russischen Konsuls zu Kanea Klage geführt wird. Die Führer jener Partei haben in einer Unterredung mit dem Abgesandten der Pforte Mahmud Dschellaleddin Pascha durch eine Reihe von Einzel-fällen dargethan, daß viele der Erregungen der jüngsten Zeit auf das Eingreifen des Konsuls zurückzuführen seien; er habe zwar, als eine kleine Zahl Unzufriedener den fremden Vertretern auf der Insel ihre Anliegen vortragen wollte, gleich seinen Genossen öffentlich jedes Eingehen auf das Vorgebrachte abgelehnt, aber dafür im geheimen sich desto wirksamer gezeigt. Mahmud hatte die Abgeordneten ersucht, diese ihre Erfahrungen schriftlich niederzulegen, und dies ist geschehen in der erwähnten Eingabe an die Pforte. Der Konsul hat auch die Mär von der Abficht Kaiser Wilhelms, die Insel Kreta seinem griechischen Schwager zum Hochzeitsangebinde zu verehren, erfunden und verbreitet, um einerseits nationale Strebungen zu fördern und dann die deutsche Politik dem Sultan gegenüber zu verächtigen. Der Athener Korrespondent der „Times“ behauptet, daß der Einfluß der griechischen Regierung auf die Kretenser augenblicklich sehr gering sei, weil dieselbe die Ruhe um jeden Preis zu erhalten suche, „damit die bevorstehenden Hochzeitsfestlichkeiten nicht durch einen Aufruhr in Kreta gefährdet werden“. Unter solchen Umständen gewinnt die Reise Kaiser Wilhelms nach Athen eine eigenthümliche Bedeutung.

Deutschland.

* Berlin, 11. Juli. Aus Anlaß des Eisenbahnunglücks bei Köhrmoos führte dieser Tage ein bayerisches Blatt Beschwerde über allzuviel Neigung der dortigen Eisenbahnverwaltung, untergeordnete, schlecht bezahlte und in ihrer Arbeitskraft aufs Aeufferste ausgenützte Bedienstete aushilfsweise wichtige Dienste leisten zu lassen, um an händigem Personal zu sparen und

